

**REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR ARBEIT UND SOZIALES**

GZ. 10.009/106-4/95

1010 Wien, den 6. Juni 1995

Stubenring 1

DVR: 0017001

Telefon: (0222) 711 00

Telex 111145 oder 111780

Telefax 7137995 oder 7139311

P.S.K.Kto.Nr.: 05070.004

Auskunft:

---

Klappe: ---

**XIX. GP.-NR**

**942/AB**

**1995-06-06**

**zu 924/J**

**B e a n t w o r t u n g**

der Anfrage der Abgeordneten Öllinger,  
Freundinnen und Freunde betreffend  
Verordnungsermächtigungen, Nr. 924/J

Zu den aus der beiliegenden Ablichtung der gegenständlichen Anfrage ersichtlichen Fragen führe ich folgendes aus:

Die Anfrage wurde am 6. April 1995 eingebracht. Ich gehe daher davon aus, daß in den einzelnen Fragen auf den Zeitraum ab dem Amtsantritt meines Vorgängers, Bundesminister i.R. Josef HESOUN, Bezug zu nehmen ist.

Grundsätzlich ist festzuhalten, daß gemäß Artikel 18 Abs. 2 B-VG jede Verwaltungsbehörde innerhalb ihres Wirkungsbereiches Verordnungen erlassen kann. Von dieser Ermächtigung kann die Verwaltungsbehörde Gebrauch machen, ohne daß es einer weiteren Ermächtigung in einem einfachen Bundesgesetz bedarf.

Eine ausdrückliche einfachgesetzliche Verordnungsermächtigung ist jedoch erforderlich, wenn

- die allgemeine Kompetenz zur Erlassung von Verordnungen eingeschränkt werden soll,
- eine von der Vollzugsklausel abweichende Sonderkompetenz geschaffen werden soll,

- 2 -

- besondere Rechtsfolgen an das Inkrafttreten einer Verordnung geknüpft werden sollen, oder,
- eine gesetzliche Verpflichtung zur Erlassung einer Durchführungsverordnung festgelegt werden soll.

**Zur Frage 1:**

Ich verfüge über 157 ausdrücklich normierte Verordnungsermächtigungen, und zwar:

- 5 im Rahmen der Personalangelegenheiten und der Sachverwaltung,
- 50 im Rahmen der Sozialversicherung,
- 39 im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik,
- 25 im Rahmen der Pflegevorsorge sowie der Behinderten-, Versorgungs- und Sozialhilfeangelegenheiten,
- 28 im Rahmen des Arbeitsrechts und der Allgemeinen Sozialpolitik und
- 10 im Rahmen der Arbeitsinspektion.

**Zur Frage 2:**

Von den in der Antwort auf die erste Frage angeführten Verordnungsermächtigungen wurden 43 während der Amtszeit meines Vorgängers geschaffen, die anderen bestanden schon vor seinem Amtsantritt (s. Beilage).

**Zur Frage 3:**

Eine Liste der derzeit vorhandenen Verordnungsermächtigungen ist der Beilage zur Frage 3 zu entnehmen (s. Beilage).

**Zur Frage 4:**

Eine Liste der neu erlassenen Verordnungen aus der Zeit vom Oktober 1990 bis April 1995 ist der Beilage zur Frage 4 zu entnehmen (s. Beilage).

Zur Frage 5:

Durch Vergleich der beiliegenden Liste der verordnungslosen Ermächtigungen mit den anderen beiliegenden Listen kann leicht festgestellt werden, daß von den vorgesehenen Verordnungsermächtigungen meist auch Gebrauch gemacht wird. Mit wenigen Ausnahmen erscheint es sinnvoll, diese Verordnungsermächtigungen dennoch aufrecht zu erhalten, und zwar aus den verschiedensten Gründen:

Das Bundesvergabegesetz sieht gemäß § 108 Abs. 1 Z. 3 eine Verordnungsermächtigung für Beschaffungen unterhalb des Schwellenwertes vor. In meinem Ressort wurde bloß deshalb noch nicht davon Gebrauch gemacht, weil die Novellierung noch nicht erfolgt ist (Übernahme der Dienstleistungsrichtlinie etc.).

Die §§ 2 Abs. 4 und 3 Abs. 5 Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz (BUAG) erlauben es, bestimmte Betriebsarten bzw. in Mischbetrieben beschäftigte Arbeitnehmer in den Geltungsbereich des BUAG einzubeziehen und so einheitliche Urlaubs- und Abfertigungsregelungen zu schaffen. Dies kann geboten sein, um die betriebliche Verwaltungsarbeit zu erleichtern oder Härten für die Arbeitnehmer zu vermeiden.

§ 22 Abs. 4 BUAG ermöglicht die Festlegung eines für alle Betriebe einheitlichen Zuschlagszeitraums in Anpassung an die betriebliche Praxis der Lohnverrechnung.

Die §§ 23 Arbeitszeitgesetz (AZG) und 14 Arbeitsruhegesetz (ARG) ermöglichen Ausnahmen von den Arbeitszeitregelungen bzw. von der Wochenend- und Feiertagsruhe im öffentlichen Interesse infolge besonders schwerwiegender Umstände, beispielsweise wenn bei Naturkatastrophen oder Epidemien größeren Umfangs die Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Gütern sichergestellt werden muß.

Die Möglichkeit zur Verkürzung der Tagesarbeitszeit und Verlängerung der Ruhepausen oder Ruhezeiten bei gefährlichen Arbeiten

- 4 -

gemäß § 21 AZG betont das Erfordernis des Schutzes gefährdeter Arbeitnehmer im AZG.

Von der Verordnungsermächtigung nach § 26 Abs. 5 Arbeitnehmerschutzgesetz (ANSchG) wurde nie Gebrauch gemacht, diese Ermächtigung wurde nicht in das neue ASchG übernommen. Von der Verordnungsermächtigung nach § 22e ANSchG wurde ebenfalls kein Gebrauch gemacht. Das neue ArbeitnehmerInnenschutzgesetz (ASchG) enthält eine vergleichbare Ermächtigung betreffend Zentren der Unfallversicherungsträger. Diese Regelung ist aufgrund der im ASchG vorgesehenen schrittweisen Einführung der flächendeckenden sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Betreuung unverzichtbar.

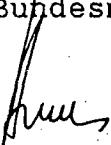
Einige Verordnungsermächtigungen könnten jedoch tatsächlich zurückgenommen werden:

Im Zuge der grundlegenden Reform des Arbeitslosenversicherungsgesetzes gemäß dem Arbeitsübereinkommen der beiden Regierungsparteien besteht die Möglichkeit, nicht mehr notwendige Verordnungsermächtigungen in diesem Gesetz aufzuheben.

Die Bestimmung des § 12 Abs. 4 könnte im Rahmen der demnächst stattfindenden Gespräche zur Novellierung des AZG zur Diskussion gestellt werden.

Beilagen

Der Bundesminister:



Beilage zur Frage 2neue Verordnungsermächtigungen  
aus der Zeit vom Oktober 1990 bis April 1995Personalangelegenheiten und Sachverwaltung:

§ 39 Abs. 2 AusG 1989

Sozialversicherung:

§ 82 Abs.3 ASVG

§ 108f Abs.4, § 108f Abs.5 ASVG

§ 420 Abs.5 Z 2, § 420 Abs.5 Z 3 ASVG

§ 197 Abs.5 Z 2, § 197 Abs.5 Z 3 GSVG

§ 185 Abs.5 Z 2, § 185 Abs.5 Z 3 BSVG

§ 132 Abs.5 Z 2 und 3 B-KUVG

§ 67 Abs.5 Z 2 und 3 NVG 1972

Arbeitsmarktpolitik:

§ 70 Abs.2 AMSG

§ 74 AMSG

§ 17a Abs. 8 AMFG

§ 6 Abs. 6 AMPFG

§ 66a Abs. 4 AlVG

§ 66a Abs. 6 AlVG

Pflegevorsorge sowie Behinderten-, Versorgungs- und Sozialhilfeangelegenheiten:

§ 3 Abs. 3 KOVG 1957

§ 9a Abs. 1 BEinstG

§ 13a BEinstG

§ 47 BBG

§ 3 Abs. 2 BPGG

§ 3 Abs. 3 BPGG

§ 4 Abs. 5 BPGG

§ 5 Abs. 3 BPGG

- 2 -

§ 22 Abs. 3 BPGG

Arbeitsrecht und Allgemeine Sozialpolitik:

§ 19 Abs. 5 AKG 1992

§ 15e AZG

Artikel VII Abs. 3 NSchG

Artikel V § 2 Abs. 3 u. 4 NSchG-Novelle 1992

Arbeitsinspektion:

§ 14 Abs. 4 ArbIG 1993

§§ 18, 32, 39, 48, 59, 72, 89, 90, 101 ASchG

Beilage zur Frage 3Verordnungsermächtigungen nach Gesetzen gegliedert:Personalangelegenheiten und Sachverwaltung:**BDG:**

§§ 24 bis 35 und 275: ressortinterne Grundausbildung

§ 127 Abs. 3: Verwendung der im Disziplinarverfahren eingegangenen Geldstrafen und Geldbußen für Wohlfahrtszwecke

**AusG 1989:**

§ 39 Abs. 2: Übertragung der Durchführung der Eignungsprüfung

**BHG:**

§ 5 Abs. 2 Z. 4: Übertragung von Buchhaltungsaufgaben an Organe des Bundes

**BVergG:**

§ 108 Abs. 1 Z. 3: Beschaffungen unterhalb des Schwellenwertes

Sozialversicherung:**ASVG:**

§ 9: Einbeziehung in die Krankenversicherung

§ 14 Abs. 2: Zugehörigkeit der Berufsgruppen zur Pensionsversicherung der Angestellten

§ 14 Abs. 3: Feststellung der "Facharbeiter", die zur Pensionsversicherung der Angestellten gehören

§ 22a Abs. 1 und 2: Einbeziehung in die Zusatzversicherung in der Unfallversicherung

§ 37c: Mitteilung des Bundesministeriums für Landesverteidigung an den Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger betreffend Präsenzdienner

§ 59 Abs. 1: Festsetzung des Hundertsatzes für Verzugszinsen

§ 73 Abs. 5: Beiträge in der Krankenversicherung für Pensionisten - Aufteilung auf Krankenversicherungsträger durch den Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

§ 74a Abs. 1: Erhöhung der Beiträge für Zusatzversicherte in der Unfallversicherung

- 2 -

- § 75: Aufbringung der Mittel in der Krankenversicherung der nach § 9 einbezogenen Personen
- § 82 Abs.1: Vergütung für die Mitwirkung an fremden Aufgaben durch die Krankenversicherungsträger
- § 82 Abs.3: Abgeltung für den Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger wegen Mitwirkung an Aufgaben des Arbeitsmarktservice
- § 89 Abs.3 Z 1: Ausschließung des Ruhens der Leistungsansprüche bei Auslandsaufenthalt (Gegenseitigkeit)
- § 108 Abs.5: Festsetzung des Anpassungsfaktors
- § 108f Abs.4: Festsetzung der Anpassungsfaktormeßzahl
- § 108f Abs.5: Festsetzung der Anpassungsrichtwertmeßzahl
- § 108e Abs.6: Geschäftsordnung des Beirates für die Renten- und Pensionsanpassung
- § 132c Abs.3: Übertragung der Mitwirkung an vordringlichen Maßnahmen zur Erhaltung der Volksgesundheit an die Krankenversicherungsträger durch Leisten eines Kostenzuschusses
- § 184 Abs.5: Berechnung des Abfindungskapitals bei Abfindung von Renten
- § 248 Abs.4: Faktor, mit dem aufgewertete Beiträge zur Höherversicherung vervielfacht werden
- § 347 Abs.4: Geschäftsordnungen der Paritätischen Schiedskommission, Landesberufungskommission, etc.
- § 420 Abs.5 Z 2: Höhe der Funktionsgebühren für bestimmte Versicherungsvertreter
- § 420 Abs.5 Z 3: Höhe der Sitzungsgelder für Versicherungsvertreter
- § 457 Abs.1: Aufbewahrungsfrist für Versicherungsunterlagen
- § 479d Abs.3: Erhöhung des Beitragssatzes für Personen, die von den Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetrieben Leistungen erhalten
- § 506c: Durchführung der Sozialversicherung in Zollausschlußgebieten
- § 522c Abs.1 und 2: Zeitpunkt der Gewährung der Altrenten in der Pensionsversicherung der Arbeiter
- GSVG:**
- § 47: Festsetzung des Anpassungsfaktors

- 3 -

§ 58 Abs.3 Z 1: Ausschließung des Ruhens der Leistungsansprüche bei Auslandsaufenthalt

§ 141 Abs.6: Faktor, mit dem aufgewertete Beiträge zur Höherversicherung vervielfacht werden

§ 197 Abs.5 Z 2: Höhe der Funktionsgebühren für bestimmte Versicherungsvertreter

§ 197 Abs.5 Z 3: Höhe der Sitzungsgelder für Versicherungsvertreter

§ 228 Abs.1: Aufbewahrungsfrist für Versicherungsunterlagen

§ 246a: Durchführung der Sozialversicherung in Zollausschlußgebieten

**BSVG:**

§ 23 Abs.2: Aufwertung der Hundertsätze für die Ermittlung der Beitragsgrundlage

§ 45: Festsetzung des Anpassungsfaktors

§ 54 Abs.3 Z 1: Ausschließung des Ruhens der Leistungsansprüche bei Auslandsaufenthalt

§ 132 Abs.6: Faktor, mit dem aufgewertete Beiträge zur Höherversicherung vervielfacht werden

§ 185 Abs.5 Z 2: Höhe der Funktionsgebühren für bestimmte Versicherungsvertreter

§ 185 Abs.5 Z 3: Höhe der Sitzungsgelder für Versicherungsvertreter

§ 216 Abs.1: Aufbewahrungsfrist für Versicherungsunterlagen

§ 235a: Durchführung der Sozialversicherung in Zollausschlußgebieten

**FSVG:**

§ 2 Abs.2: Einbeziehung in die Pflichtversicherung

**B-KUVG:**

§ 4: Einbeziehung in die Krankenversicherung bzw. Unfallversicherung für "Kammerbedienstete"

§ 19 Abs.5: Feststellung der monatlichen Höchst- und Mindestbeitragsgrundlage

§ 26a Abs.3: Feststellung des Ausmaßes des festen Unfallversicherungsbeitrages

§ 35 Abs.3 Z 1: Ausschließung des Ruhens der Leistungsansprüche bei Auslandsaufenthalt

§ 95 Abs.1: Berechnung des Abfindungskapitals bei Abfindung von Versehrtenrenten

§ 132 Abs.5 Z 2 und 3: Höhe der Funktionsgebühren und Sitzungsgelder für Versicherungsvertreter

§ 159c: Durchführung der Sozialversicherung in den Zollausschlußgebieten

**NVG 1972:**

§ 67 Abs.5 Z 2 und 3: Höhe der Funktionsgebühren und Sitzungsgelder für Versicherungsvertreter

Arbeitsmarktpolitik:

**AMSG:**

§ 7 Abs. 9, § 14 Abs. 8 und § 21 Abs. 7: Festlegung der Sitzungsgelder der Mitglieder im Verwaltungsrat, Landesdirektorium und Regionalbeirat

§ 24: Festlegung der Sprengel im behördlichen Verfahren

§ 35 Abs. 6: Vereinfachung des Meldewesens für die Bezieher einer Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhaltes

§ 70 Abs. 2: Berechnung und Zahlbarstellung von finanziellen Leistungen durch das Arbeitsmarktservice (im Einvernehmen mit dem BMF)

§ 74: Aufgabenübergang von Tätigkeiten der früheren Arbeitsmarktverwaltung auf andere Rechtsträger

**AMFG:**

§ 17a Abs. 8: Prüfungsverordnung für Personen, die bei einem Arbeitsvermittler tätig sind (im Einvernehmen mit dem BMwA)

**AMPFG:**

§ 3 Abs. 1: Veränderung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages (im Einvernehmen mit dem BMF und mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates)

§ 6 Abs. 6: Abwicklung der Kostenbeteiligung der Gemeinden an der Sondernotstandshilfe

**AlVG:**

§ 2: Festlegung von abweichenden Regelungen bezüglich der Versicherungspflicht von Heimarbeitern

- 5 -

- § 3 Abs. 1: Einbeziehung von Grenzgängern in die Arbeitslosenversicherungspflicht
- § 3 Abs. 3: Einbeziehung von österreichischen Staatsbürgern, die im Interesse Österreichs Hilfe im Ausland leisten
- § 14 Abs. 3: Kürzung der Anwartschaft für Arbeitslosengeld für einzelne Berufsgruppen
- § 15 Abs. 2: Festlegung weiterer Tatbestände für Rahmenfristverlängerung
- § 21 Abs. 4: Änderung bzw. Ergänzung der Lohnklassen
- § 34 Abs. 1: Ausschluß bestimmter Gruppen Arbeitsloser vom Bezug der Notstandshilfe
- § 34 Abs. 2: Zulassung von Ausländern zum Bezug der Notstandshilfe bei Vorliegen von Gegenseitigkeit
- § 36 Abs. 1: Notstandshilfeeverordnung
- § 54: Auszahlung der Leistungen nach dem AlVG
- § 66: Umrechnung von Schillingbeträgen für den Bereich von Zollausschlußgebieten
- § 66a Abs. 4: Bestätigung für Strafgefangene (im Einvernehmen mit dem BMJ)
- § 66a Abs. 6: Meldung und Beitragsabfuhr für Strafgefangene (im Einvernehmen mit dem BMJ)

**SUG:**

Artikel I § 1 Abs. 3: Feststellung, welche knappschaftlichen Betriebe für die Einschränkung oder Stilllegung des Betriebes im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten für den Anspruch auf Sonderunterstützung in Betracht kommen

**AÜG:**

§ 15: Zulässigkeit der Überlassung von Arbeitskräften in bestimmten Fällen auch ohne Bewilligung

**IESG:**

§ 12 Abs. 1: Festlegung des Zuschlags zum Arbeitslosenversicherungsbeitrag

**AuslBG:**

§ 1 Abs. 4: Ausnahmen von Ausländerbeschäftigungsgesetz

§ 4 Abs. 4: Absehen von der Unterkunftserklärung

§ 4 Abs. 8: Zulässigkeit der Bewilligung über Höchstzahlen gemäß § 13 hinaus

- 6 -

§ 5 Abs. 1: Voraussetzung der ärztlichen Untersuchung (im Einvernehmen mit dem BMGK)  
§ 5 Abs. 2: Festlegung einer ergänzenden Untersuchung  
§ 12: Erlassung von Kontingenten  
§ 12a Abs. 2: Erhöhung der Bundeshöchstzahl  
§ 13: Festlegung von Höchstzahlen für das Bundesgebiet oder im Bundesland  
§ 13a: Festlegung von Landeshöchstzahlen  
§ 14: Anwerbung als Voraussetzung für die Erteilung einer Beschäftigungsbewilligung  
§ 14b: Einschränkung des Geltungsbereiches von Arbeitserlaubnissen  
§ 17: Einschränkung des Geltungsbereiches von Befreiungsscheinen  
§ 18 Abs. 12: Festlegung weiterer Ausnahmen von der Bewilligungspflicht bei betriebsentsandten Ausländern

**AufenthaltsG:**

§ 7 Abs. 1: Bewilligungen nach dem Ausländerbeschäftigungsgesetz gelten als Aufenthaltsbewilligung

**BSchEG:**

§ 12 Abs. 6: Anpassung des Schlechtwetterentschädigungsbeitrages (im Einvernehmen mit dem BMwA und mit dem BMF)

Pflegevorsorge sowie Behinderten-, Versorgungs- und Sozialhilfeangelegenheiten:

**KOVG 1957:**

§ 7 Abs. 2: Richtsätze für die Einschätzung der Minderung der Erwerbsfähigkeit  
§ 32 Abs. 3: Leistungen der orthopädischen Versorgung  
§ 63 Abs. 4: Anpassung der Versorgungsleistungen  
§ 73 Abs. 3: Festsetzung der Ersatzbeträge in Pauschbeträgen  
§ 78a Abs. 1: Errichtung einer gemeinsamen Schiedskommission  
§ 79 Abs. 5: Übertragung von Vollziehungsangelegenheiten an die anderen BSB

**OFG:**

§ 11a Abs. 1: Anpassung der Versorgungsleistungen

**BEinstG:**

§§ 1 Abs. 2: Änderung der Pflichtzahl

- 7 -

§ 9 Abs. 2: jährliche Feststellung der Höhe der Ausgleichstaxe  
§ 9a Abs. 1: jährliche Feststellung der Höhe der Prämie  
§ 13a: Bestimmung über die Anzahl der Senate der Berufungskommission

**BBG:**

§ 47: Ausstellung von Behindertenpässen

**KRG:**

§ 1 Abs. 3 und 4: jährliche Feststellung der Rentenhöhe

**ImpfschadenG:**

§ 3 Abs. 3: Verbindlicherklärung des für den Bereich des ASVG festgesetzten Anpassungsfaktors

**BPGG:**

§ 3 Abs. 2: Einbeziehung weiterer Personengruppen in den anspruchsberechtigten Personenkreis

§ 3 Abs. 3: Einbeziehung weiterer Personengruppen in den anspruchsberechtigten Personenkreis

§ 4 Abs. 5: Beurteilung des Pflegebedarfes

§ 5 Abs. 3: Anpassung der Höhe des Pflegegeldes

§ 22 Abs. 3: Übertragung der Durchführung des Bundespflegegeldgesetzes

**HVG:**

§ 21 Abs. 2: Richtsätze für die Einschätzung der Minderung der Erwerbsfähigkeit

§ 24c: Feststellung der Aufwertungsfaktoren, der Mindest- und Höchstbemessungsgrundlage

§ 46b Abs. 7: Anpassung der Höhe der Versicherungsbeiträge

§ 52 Abs. 3: Festsetzung der Ersatzbeträge in Pauschbeträgen

§ 75 Abs. 5: Übertragung von Vollziehungsangelegenheiten

§ 80 Abs. 1: Festsetzung der Höhe der Vergütung für die Tätigkeit der Mitglieder der Schiedskommission

**Arbeitsrecht und Allgemeine Sozialpolitik:**

**AngG:**

§ 2 Abs. 2: Ausdehnung des Anwendungsbereiches des Gesetzes auch auf Angestellte bei anderen Dienstgebern

- 8 -

§ 6 Abs. 2: Verbot der Überlassung bestimmter Sachwerte auf Rechnung des Entgelts für bestimmte Unternehmen oder für bestimmte regionale Bereiche

**GAngG:**

§ 40 Abs. 2: Schlichtungstellen errichten und Vorschriften über deren Organisation und Verfahren erlassen

**ArbVG:**

§ 161 Abs. 1 Z 1 bis 7: demonstrative Aufzählung:

- Vorbereitung und Durchführung der Wahl zum Betriebsrat, Zentralbetriebsrat und Jugendvertrauensrat
- Bestellung und Tätigkeit von Wahlkommissionen und Wahlzeugen
- Geschäftsführung der Betriebs(Gruppen-, Betriebs-)hauptversammlung, des Betriebsrates, des Betriebsausschusses, der Betriebsräteversammlung, des Zentralbetriebsrates, der Jugendversammlung und des Jugendvertrauensrates
- die Errichtung, Verschmelzung, Trennung, Auflösung und Verwaltung des Betriebsrats(Zentralbetriebsrats)fonds, die Revision seiner Geburung sowie Rechte und Pflichten der Revisionsorgane
- die Wahl der Rechnungsprüfer und ihre Geschäftsführung
- die Geschäftsführung des Bundeseinigungsamtes
- Errichtung und Geschäftsführung der Schlichtungstellen im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Justiz

**AKG 1992:**

§ 19 Abs. 5 und § 43: Erlassung der Arbeiterkammer-Wahlordnung

**BUAG:**

§ 2 Abs. 4: Einbeziehung weiterer Betriebsarten

§ 3 Abs. 5: Einbeziehung der Arbeitnehmer aus einem Mischbetrieb

§ 4 Abs. 2: Festsetzung der Anwartschaften auf den Zuschlagswert für den Sachbereich der Urlaubsregelung

§ 21 Abs. 2: Festsetzung des Zuschlags zum Lohn für den Sachbereich der Urlaubsregelung

§ 21 Abs. 1 und 3: Festsetzung des Zuschlags zum Lohn für den Sachbereich der Abfertigungsregelung

- 9 -

§ 22 Abs. 4: Änderung des vorgeschriebenen Zuschlagszeitraums  
**HeimArbG:**

§ 6: Ermächtigung, Form und Inhalt der Anzeige bei erstmaliger  
Vergabe von Heimarbeit zu regeln

§ 7 Abs. 1: Ermächtigung, Form und Inhalt der Liste der mit  
Heimarbeit Beschäftigten zu regeln

§ 17 Abs. 1: Ermächtigung, im Einvernehmen mit dem Bundesminister  
für wirtschaftliche Angelegenheiten für  
Erzeugungszweige, in denen sich aus der Art der  
Herstellung, Bearbeitung, Verarbeitung oder Ver-  
packung von Waren eine Gefährdung des Lebens oder  
der Gesundheit der mit Heimarbeit Beschäftigten  
oder der Verbraucher der Waren ergibt, Heimarbeit  
zu verbieten oder besondere Vorschriften für die  
Vergabe oder Verrichtung von Heimarbeit zu erlas-  
sen

§ 28 Abs. 4: Errichtung einer besonderen Heimarbeitskommission

§ 28 Abs. 5: nähere Bestimmungen über den fachlichen Wirkungsbe-  
reich der einzelnen Heimarbeitskommissionen

§ 41: Regelung der näheren Vorschriften über die Geschäfts-  
führung der Heimarbeitskommissionen und der  
Entgeltberechnungsausschüsse in einer Rahmenges-  
schäftsordnung

**AZG:**

§ 12 Abs. 4: Ausnahmen von der 36-stündigen Wochenruhe

§ 15e: Arbeitszeitregelungen für Lenker von Kraftfahrzeugen

§ 17 Abs. 3 und 4: Form, Gestaltung und Führung von  
Fahrtenbüchern

§ 21: Verkürzung der Arbeitszeit und Verlängerung der Ruhezeit  
bei gefährlichen Arbeiten

§ 23: Ausnahmen von den Arbeitszeitregelungen für einzelne Arten  
oder Gruppen von Betrieben

**ARG:**

§ 12: Zulassung von Ausnahmen von der Wochenend- und Feiertags-  
ruhe

- 10 -

§ 14: Zulassung von Ausnahmen von der Wochenend- und Feiertagsruhe für Arbeitnehmer bestimmter Betriebe, wenn es das öffentliche Interesse infolge besonders schwerwiegender Umstände erfordert

**KJBG:**

§ 23 Abs. 2: Beschäftigung von Jugendlichen in bestimmten Betrieben oder mit bestimmten gefährlichen Arbeiten

§ 25 Abs. 3: Vorschriften über gesundheitsgefährdende Tätigkeiten, Eignungsuntersuchungen und die Überwachung des Gesundheitszustands für Jugendliche

**NSchG:**

Art. VII Abs. 3: Schutzmaßnahmen für das Krankenpflegepersonal

Art. V § 2 Abs. 3 und 4: Schutzmaßnahmen für das Krankenpflegepersonal

Arbeitsinspektion:

**ArbIG 1993:**

§ 14 Abs. 4: Aufsichtsbezirke

**ASchG:**

§ 18: zum 1. Abschnitt

§ 32: Arbeitsstätten

§ 39: Arbeitsmittel

§ 48: Arbeitsstoffe

§ 59: Gesundheitsüberwachung

§ 72: Arbeitsvorgänge und Arbeitsplätze

§ 89: Zentren der Unfallversicherungsträger

§ 90: Präventivdienste

§ 101: Behörden und Verfahren

Beilage zur Frage 4neue Verordnungen von Oktober 1990 bis April 1995Personalangelegenheiten und Sachverwaltung:**AusG 1989:**

- VO BGBl. Nr. 204/1991 (§ 39 Abs. 2)
- VO BGBl. Nr. 1041/1994 (§ 39 Abs. 2)

**BHG:**

- VO BGBl. Nr. 261/1995 (§ 5 Abs. 2 Z. 4)

Sozialversicherung:**ASVG:**

- VO BGBl. Nr. 669/1991 (§ 9)
- VO BGBl. Nr. 794/1990 (§ 22a)
- VO BGBl. Nr. 717/1991 (§ 22a)
- VO BGBl. Nr. 856/1992 (§ 22a)
- VO BGBl. Nr. 371/1992 (§ 73 Abs. 5)
- VO BGBl. Nr. 397/1993 (§ 73 Abs. 5)
- VO BGBl. Nr. 841/1994 (§ 73 Abs. 5)
- VO BGBl. Nr. 857/1992 (§ 82)
- VO BGBl. Nr. 792/1990 (§§ 108 ff)
- VO BGBl. Nr. 715/1991 (§§ 108 ff)
- VO BGBl. Nr. 716/1991 (§§ 108 ff)
- VO BGBl. Nr. 786/1992 (§§ 108 ff)
- VO BGBl. Nr. 854/1992 (§§ 108 ff)
- VO BGBl. Nr. 823/1993 (§§ 108 ff)
- VO BGBl. Nr. 887/1993 (§§ 108 ff)
- VO BGBl. Nr. 888/1993 (§§ 108 ff)
- VO BGBl. Nr. 952/1994 (§§ 108 ff)
- VO BGBl. Nr. 1024/1994 (§§ 108 ff)
- VO BGBl. Nr. 128/1991 (§ 347 Abs. 4 und § 351)
- VO BGBl. Nr. 719/1991 (§ 347 Abs. 4 und § 351)
- VO BGBl. Nr. 316/1994 (§ 420 Abs. 5)
- VO BGBl. Nr. 83/1995 (§ 420 Abs. 5)
- VO BGBl. Nr. 793/1990 (§ 447g Abs. 6)

- 2 -

- VO BGBl.Nr. 718/1991 (§ 447g Abs.6)
- VO BGBl.Nr. 855/1992 (§ 447g Abs.6)
- VO BGBl.Nr. 398/1993 (§ 479d)
- VO BGBl.Nr. 396/1993 (§ 506c)

**GSVG:**

- VO BGBl.Nr. 792/1990 (§ 47)
- VO BGBl.Nr. 716/1991 (§ 47)
- VO BGBl.Nr. 854/1992 (§ 47)
- VO BGBl.Nr. 887/1993 (§ 47)
- VO BGBl.Nr. 888/1993 (§ 47)
- VO BGBl.Nr. 1024/1994 (§ 47)
- VO BGBl.Nr. 1025/1994 (§ 47)
- VO BGBl.Nr. 316/1994 (§ 197 Abs.5)
- VO BGBl.Nr. 83/1995 (§ 197 Abs.5)

**BSVG:**

- VO BGBl.Nr. 792/1990 (§ 23 Abs.2 und § 45)
- VO BGBl.Nr. 716/1991 (§ 23 Abs.2 und § 45)
- VO BGBl.Nr. 854/1992 (§ 23 Abs.2 und § 45)
- VO BGBl.Nr. 887/1993 (§ 23 Abs.2 und § 45)
- VO BGBl.Nr. 888/1993 (§ 45)
- VO BGBl.Nr. 1024/1994 (§ 45)
- VO BGBl.Nr. 1025/1994 (§ 23 Abs.2 und § 45)
- VO BGBl.Nr. 316/1994 (§ 185 Abs.5)
- VO BGBl.Nr. 83/1995 (§ 185 Abs.5)

**B-KUVG:**

- VO BGBl.Nr. 792/1990 (§ 19 Abs.5)
- VO BGBl.Nr. 716/1991 (§§ 19 Abs.5, 26a Abs.3)
- VO BGBl.Nr. 854/1992 (§§ 19 Abs.5, 26a Abs.3)
- VO BGBl.Nr. 887/1993 (§§ 19 Abs.5, 26a Abs.3)
- VO BGBl.Nr. 1025/1994 (§ 19 Abs.5)
- VO BGBl.Nr. 85/1991 (§ 26a Abs.3)
- VO BGBl.Nr. 1040/1994 (§ 26a Abs.3)
- VO BGBl.Nr. 316/1994 (§ 132 Abs.5 Z 2 und 3)
- VO BGBl.Nr. 83/1995 (§ 132 Abs.5 Z 2 und 3)
- VO BGBl.Nr. 496/1993 (§ 159c)

**NVG 1972:**

- VO BGBl.Nr. 316/1994 (§ 67 Abs.5 Z 2 und 3)
- VO BGBl.Nr. 83/1995 (§ 67 Abs.5 Z 2 und 3)

- 3 -

Arbeitsmarktpolitik:

**Aus1BG:**

- VO BGBl.Nr. 278/1995 (§ 12 Abs. 2)
- VO BGBl.Nr. 38/1991 (§ 12 Abs. 2)
- VO BGBl.Nr. 74/1991 (§ 12 Abs. 2)
- VO BGBl.Nr. 596/1991 (§ 12 Abs. 2)
- VO BGBl.Nr. 597/1991 (§ 12 Abs. 2)
- VO BGBl.Nr. 39/1991 (§ 12 Abs. 2)
- VO BGBl.Nr. 75/1991 (§ 12 Abs. 2)
- VO BGBl.Nr. 361/1991 (§ 12 Abs. 2)
- VO BGBl.Nr. 447/1991 (§ 12 Abs. 2)
- VO BGBl.Nr. 87/1991 (§ 4 Abs. 4)
- VO BGBl.Nr. 139/1991 (§ 12 Abs. 2)
- VO BGBl.Nr. 140/1991 (§ 12 Abs. 2)
- VO BGBl.Nr. 159/1991 (§ 12 Abs. 2)
- VO BGBl.Nr. 598/1991 (§ 13a Z 3)
- VO BGBl.Nr. 599/1991 (§ 12a)
- VO BGBl.Nr. 633/1991 (§ 12 Abs. 2)
- VO BGBl.Nr. 634/1991 (§ 12 Abs. 2)
- VO BGBl.Nr. 197/1992 (§ 12 Abs. 2)
- VO BGBl.Nr. 237/1992 (§ 12 Abs. 2)
- VO BGBl.Nr. 658/1992 (§ 12 Abs. 2)
- VO BGBl.Nr. 672/1992 (§ 5 Abs. 1 i.V. mit § 4 Abs. 3 Z 2)
- VO BGBl.Nr. 738/1992 (§ 13a Z 3)
- VO BGBl.Nr. 739/1992 (§ 12a)
- VO BGBl.Nr. 753/1992 (§ 21 Abs. 4)
- VO BGBl.Nr. 798/1992 (§ 12 Abs. 2)
- VO BGBl.Nr. 503/1993 (§ 12a)
- VO BGBl.Nr. 635/1993 (§ 12 Abs. 2)
- VO BGBl.Nr. 729/1993 (§ 1 Abs. 4)
- VO BGBl.Nr. 794/1993 (§ 13a Z 3)
- VO BGBl.Nr. 925/1993 (§ 12a)
- VO BGBl.Nr. 666/1994 (§ 1 Abs. 4)
- VO BGBl.Nr. 944/1994 (§ 12a)
- VO BGBl.Nr. 945/1994 (§ 13a Z 3)
- VO BGBl.Nr. 163/1995 (§ 12a)
- VO BGBl.Nr. 278/1995 (§ 12a Abs. 2)

- 4 -

**AMFG:**

- VO BGB1.Nr. 11/1991 (§ 45a)
- VO BGB1.Nr. 474/1991 (§§ 4 Abs. 2, 12 Abs. 2 und 40)
- VO BGB1.Nr. 654/1993 (§ 25c Abs. 3)
- VO BGB1.Nr. 187/1995 (§ 17a Abs. 8)

**IESG:**

- VO BGB1.Nr. 550/1991 (§ 12 Abs. 1 Z 5)
- VO BGB1.Nr. 993/1994 (§ 12 Abs. 1 Z 5)

**AlVG:**

- VO BGB1.Nr. 594/1991 (§ 21 Abs. 4)
- VO BGB1.Nr. 595/1991 (§ 66)
- VO BGB1.Nr. 614/1991 (§ 61 Abs. 10)
- VO BGB1.Nr. 600/1992 (§ 36)
- VO BGB1.Nr. 737/1992 (§ 61 Abs. 10)
- VO BGB1.Nr. 754/1992 (§ 66)
- VO BGB1.Nr. 649/1993 (§ 66)
- VO BGB1.Nr. 792/1993 (§ 61 Abs. 10)
- VO BGB1.Nr. 6/1994 (§ 66a Abs. 4)
- VO BGB1.Nr. 60/1994 (§ 54)
- VO BGB1.Nr. 61/1994 (§ 66a Abs. 6)
- VO BGB1.Nr. 431/1994 (§ 36)
- VO BGB1.Nr. 930/1994 (§ 46 Abs. 4)
- VO BGB1.Nr. 931/1994 (§ 42 Abs. 4)
- VO BGB1.Nr. 932/1994 (§ 18 Abs. 5 i.V. § 40a)
- VO BGB1.Nr. 977/1994 (§ 21 Abs. 4)
- VO BGB1.Nr. 978/1994 (§ 54)
- VO BGB1.Nr. 329/1995 (§ 36)

**AufenthaltsG:**

- VO BGB1.Nr. 444/1993 (§ 7 Abs. 1)
- VO BGB1.Nr. 793/1993 (§ 7 Abs. 1)
- VO BGB1.Nr. 292/1994 (§ 7 Abs. 1)

**AMSG:**

- VO BGB1.Nr. 432/1994 (§ 35 Abs. 6)
- VO BGB1.Nr. 928/1994 (§ 24 Abs. 1)
- VO BGB1.Nr. 960/1994 (§ 74 Abs. 1)
- VO BGB1.Nr. 994/1994 (§ 74 Abs. 1)

**AMPFG:**

- VO BGB1.Nr. 929/1994 (§ 5 Abs. 2)

- 5 -

Pflegevorsorge sowie Behinderten-, Versorgungs- und Sozialhilfeangelegenheiten:

**KOVG 1957:**

- VO BGBl.Nr. 120/1992 (§ 32 Abs. 3)
- VO BGBl.Nr. 795/1990 (§ 63 Abs. 4)
- VO BGBl.Nr. 66/1992 (§ 63 Abs. 4)
- VO BGBl.Nr. 860/1992 (§ 63 Abs. 4)
- VO BGBl.Nr. 886/1993 (§ 63 Abs. 4)
- VO BGBl.Nr. 1004/1994 (§ 63 Abs. 4)

**OFG:**

- VO BGBl.Nr. 4/1991 (§ 11a Abs. 1)
- VO BGBl.Nr. 41/1992 (§ 11a Abs. 1)
- VO BGBl.Nr. 859/1992 (§ 11a Abs. 1)
- VO BGBl.Nr. 74/1994 (§ 11a Abs. 1)
- VO BGBl.Nr. 1005/1994 (§ 11a Abs. 1)

**BEinstG:**

- VO BGBl.Nr. 56/1991 (§ 9 Abs. 2)
- VO BGBl.Nr. 73/1992 (§ 9 Abs. 2)
- VO BGBl.Nr. 861/1992 (§ 9 Abs. 2)
- VO BGBl.Nr. 129/1994 (§ 9 Abs. 2)
- VO BGBl.Nr. 493/1992 (§ 13a)
- VO BGBl.Nr. 144/1995 (§ 9 Abs. 2, § 9a)

**KleinrentnerG:**

- VO BGBl.Nr. 732/90 (§ 1 Abs. 3 und 4)
- VO BGBl.Nr. 668/91 (§ 1 Abs. 3 und 4)
- VO BGBl.Nr. 800/92 (§ 1 Abs. 3 und 4)
- VO BGBl.Nr. 883/93 (§ 1 Abs. 3 und 4)
- VO BGBl.Nr. 992/94 (§ 1 Abs. 3 und 4)

**BBG:**

- VO BGBl.Nr. 86/1991 (§ 47)

**ImpfschadenG:**

- VO BGBl.Nr. 74/1992 (§ 3 Abs. 3)
- VO BGBl.Nr. 858/1992 (§ 3 Abs. 3)
- VO BGBl.Nr. 885/1993 (§ 3 Abs. 3)
- VO BGBl.Nr. 1006/1994 (§ 3 Abs. 3)

**BPGG:**

- VO BGBl.Nr. 442/1993 (§ 3 Abs. 3)

- 6 -

- VO BGB1.Nr. 48/1994 (§ 3 Abs. 3)
- VO BGB1.Nr. 314/1993 (§ 4 Abs. 5)
- VO BGB1.Nr. 883/1993 (§ 5 Abs. 3)
- VO BGB1.Nr. 1002/1994 (§ 5 Abs. 3)

**HVG:**

- VO BGB1.Nr. 67/1992 (§ 24c und § 46b Abs. 7)
- VO BGB1.Nr. 801/1992 (§ 24c und § 46b Abs. 7)
- VO BGB1.Nr. 75/1994 (§ 24c und § 46b Abs. 7)
- VO BGB1.Nr. 1003/1994 (§ 24c und § 46b Abs. 7)
- VO BGB1.Nr. 636/1991 (§ 80 Abs. 1)

**Arbeitsrecht und Allgemeine Sozialpolitik:****ArbVG:**

- VO BGB1.Nr. BGB1. Nr. 814/1993 (§ 161 Abs. 1 bis 5)

**AKG 1992:**

- VO BGB1.Nr. 383/1993 (§§ 43 bzw. 19 Abs. 5)
- VO BGB1.Nr. 95/1994 (§§ 43 bzw. 19 Abs. 5)

**BUAG:**

- VO BGB1.Nr. 667/1991 (§ 21 Abs. 1 und 3)
- VO BGB1.Nr. 799/1992 (§§ 4 Abs. 2 und 21)
- VO BGB1.Nr. 443/1993 (§§ 4 Abs. 2 und 21)
- VO BGB1.Nr. 838/1993 (§§ 4 Abs. 2 und 21)
- VO BGB1.Nr. 979/1994 (§§ 4 Abs. 2 und 21)

**HeimArbG:**

- VO BGB1.Nr. 736/1993 (§§ 6 und 7 Abs. 1)
- VO BGB1.Nr. 737/1993 (§ 41)

**ARG:**

- VO BGB1.Nr. 35/1991 (§ 12)
- VO BGB1.Nr. 252/1991 (§ 12)
- VO BGB1.Nr. 27/1992 (§ 12)
- VO BGB1.Nr. 384/1992 (§ 12)
- VO BGB1.Nr. 435/1992 (§ 12)
- VO BGB1.Nr. 807/1992 (§ 12)
- VO BGB1.Nr. 66/1993 (§ 12)
- VO BGB1.Nr. 359/1993 (§ 12)
- VO BGB1.Nr. 468/1993 (§ 12)
- VO BGB1.Nr. 815/1994 (§ 12)

- 7 -

- VO BGBl.Nr. 851/1994 (§ 12)
- VO BGBl.Nr. 942/1994 (§ 12)
- VO BGBl.Nr. 143/1995 (§ 12)

**NSchG:**

- VO BGBl.Nr. 53/1993 (Art.VII Abs.3, Art.VII Abs.2 Z 2, 5 u. 8)
- VO BGBl.Nr. 286/1994 (Art. V § 2 Abs. 3)

**Arbeitsinspektion:****GewO und ANSchG/ASchG:**

- VO BGBl.Nr. 240/1991 (§§ 69 Abs. 1 u. 82 Abs. 1 GewO 88, § 24 Abs. 1 ANSchG)
- VO BGBl.Nr. 354/1993 (§§ 69 Abs. 1 u. 82 Abs. 1 GewO 88, § 24 Abs. 1 ANSchG)
- VO BGBl.Nr. 629/1992 (§§ 69 Abs. 1 u. 82 Abs. 1 GewO 88, § 24 Abs. 1 ANSchG)

**ArbIG:**

- VO BGBl.Nr. 237/1993 (§§ 14 Abs. 4 und 15 Abs. 9)

**ANSchG:**

- VO BGBl.Nr. 220/1993 (§§ 24 Abs. 1-3 und 33 Abs. 1, 2 und 4)
- VO BGBl.Nr. 341/1994 (§§ 24 Abs. 1)
- VO BGBl.Nr. 369/1994 (§§ 24 Abs. 1-3 und 33 Abs. 1, 2 und 4)

**ASchG:**

- VO BGBl.Nr. 340/1994 (§§ 24 Abs. 1-4 und 27 Abs. 7)
- VO BGBl.Nr. 30/1995 (§§ 91 und 101 Abs. 1 Z 1)
- VO BGBl.Nr. 277/1995 (§§ 74 und 90 Abs. 1 Z 1)

Beilage zur Frage 5Verordnungsermächtigungen ohne VerordnungenPersonalangelegenheiten und Sachverwaltung:

§ 108 Abs. 1 Z 1 BVergG

Sozialversicherung:

§ 14 Abs. 2, § 14 Abs. 3, § 37c, § 74a Abs. 1, § 75 und

§ 522c Abs. 2 ASVG

§ 228 Abs. 1 GSVG

§ 216 Abs. 1 BSVG

Arbeitsmarktpolitik:

§§ 2, 3 Abs. 1, 14 Abs. 3, 15 Abs. 2, 34 Abs. 1, 34 Abs. 2 ALVG

Pflegevorsorge sowie Behinderten-, Versorgungs- und Sozialhilfeangelegenheiten:

§§ 73 Abs. 3, 78a Abs. 1 und 79 Abs. 5 KOVG 1957

§§ 3 Abs. 2 und § 22 Abs. 3 BPGG

§§ 52 Abs. 3, § 75 Abs. 5 HVG

Arbeitsrecht und Allgemeine Sozialpolitik:

§§ 2 Abs. 2 und 6 Abs. 2 AngG

§ 40 Abs. 2 GAngG

§§ 2 Abs. 4, 3 Abs. 5 und 22 Abs. 4 BUAG

§§ 12 Abs. 4, 21 und 23 AZG

§ 14 ARG

Arbeitsinspektion:

§§ 22e, 26 Abs. 5 ANSchG

**BEILAGE**

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

**ANFRAGE:**

1. Über wieviele Verordnungsermächtigungen verfügen Sie derzeit?
2. Wieviele Verordnungsermächtigungen gab es im Sozialministerium vor Ihrer Amstperiode und wieviele wurden seit Ihrem Amtsantritt neu geschaffen?
3. Für welche Gesetze gibt es welche Verordnungsermächtigungen?
4. Von welchen Verordnungsermächtigungen haben Sie seit Ihrem Amtsantritt in welcher Form Gebrauch gemacht?
5. Gibt es Verordnungsermächtigungen von denen noch nie Gebrauch gemacht wurde? Wenn ja, ist es sinnvoll, diese aufrecht zu erhalten?